

Interpellation Fraktion SP (Halua Pinto de Magalhães/Johannes Wartenweiler, SP): Soziale und politische Anforderungen an Smart City Bern 1 – städtische Beschäftigte

Seit der globalen Wirtschaftskrise 2008 mit ihren Folgen für die öffentlichen Investitionen boomt ein neuer Trend der modernen Stadtentwicklung: „Smart City“ beherrscht den Diskurs über die Stadt der Zukunft. Die Schweiz hat diesen Trend etwas verschlafen – jetzt ist er aber angekommen! Auch die Stadt Bern macht sich inzwischen Gedanken dazu.¹ Was aber ist eine „smarte“ Stadt überhaupt? Das Konzept von „Smart Cities“ ist diffus und es gibt keine allgemein gültige Definition, was aus einer Stadt eine „Smart City“ macht. Für gewöhnlich wird darunter ein neuer Ansatz von Stadtentwicklung verstanden, welcher die Infrastruktur und den Lebensalltag der Stadtbewohnenden durch den Einsatz von (Kommunikations-)Technologie und Innovation (von IT-Unternehmen) nachhaltig optimiert. Übergeordnetes Ziel ist es dabei mit minimalem Ressourcenverbrauch maximale Lebensqualität erreichen zu können. Gleichzeitig soll mithilfe der modernen Kommunikationsmedien die Stadtbevölkerung noch partizipativer in die Stadtentwicklung eingebunden werden. Der Bund hat inzwischen eine Strategie zu „Smart Cities“ ausgearbeitet.² Die Stadt Bern will nun die Voraussetzungen schaffen, um smart zu werden. Wir begrüßen zwar eine zeitgemässe Stadtentwicklung, der weltweite öffentliche Diskurs wird allerdings von technokratischen Lösungsansätzen dominiert. Dabei wird eine Stadt auf messbare Daten reduziert, welche in Echtzeit überwacht und kontrolliert werden können. Auf dieser Grundlage können sich dann die Städte im weltweiten Konkurrenzkampf messen, welcher durch die globale Urbanisierung noch zusätzlich angetrieben wird. Ein rein technologisches Projekt wird den sozialen und politischen Dimensionen jedoch kaum gerecht werden, die sich gerade durch diese transnationale Konstellationen erheblich verändern. Die digitale Vernetzung schafft auch neue Möglichkeiten für die Flexibilisierung der Arbeitszeit. „Smart City“ wird deshalb nicht ohne Auswirkungen auf die Beschäftigten der Stadt und ihrer Anstalten sein. Die SP-Fraktion möchte deshalb vom Gemeinderat Antworten auf die folgenden Fragen:

1. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass für die städtischen Angestellten und die Beschäftigten der städtischen Anstalten weiterhin regulierte Arbeitszeiten im Rahmen von Reglementen und Gesamtarbeitsverträgen gelten?
2. In einer digitalen Ökonomie braucht es neue Kompetenzen, um in der Arbeitswelt bestehen zu können. Welche Strategien verfolgt der Gemeinderat, um das städtische Personals und das Personal der städtischen Anstalten in diesem neuen Arbeitsumfeld zu qualifizieren?

Bern, 03. November 2016

Erstunterzeichnende: Halua Pinto de Magalhães, Johannes Wartenweiler

Mitunterzeichnende: Benno Frauchiger, Martin Krebs, Ingrid Kissling-Näf, Michael Sutter, David Stampfli, Marieke Kruit, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Rithy Chheng, Peter Marbet, Fuat Köçer, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Nadja Kehrli-Feldmann, Ursina Anderegg, Bettina Stüssi, Nora Krummen

¹ siehe dazu Stadtentwicklungskonzept Bern 2016 und neue ewb Eignerstrategie

² www.smartcity-schweiz.ch